

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Brandeburg, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Ernst Brandeburg, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer: 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsdirektion Seite 416.

Abonnementpreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Mehr Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die Zeilspaltenstrecke 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Metallereit 1 Mk. Postkontingent: Nr. 5258 Berlin. — (Wälgler Rabatt kann verwertet werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.)

Nr. 127.

Magdeburg, Mittwoch den 31. Mai 1916.

27. Jahrgang.

Innere und auswärtige Kurs.

Der Wechsel im Berliner Polizeipräsidentium ist eine Gelegenheit, die zunächst nur Berlin angeht, die aber doch für den Regierungskurs, der jetzt gestenert wird, nicht ohne symptomatische Bedeutung ist. Der im ganzen Reich bekannte Berliner Polizeipräsident, Herr v. Jagow, ist seinem bisherigen Wirkungskreis entzogen, und in die höheren, aber auch ferneren Regionen der Breslauer Regierungspräsidentenschaft versetzt worden. Man kennt Herrn von Jagow in der ganzen Welt als den vollziehenden Arm des Preussens, das bis zum Ausbruch des Weltkriegs bestand, und man weiß, daß Herr v. Jagow neben diesen kräftigen Arm auch den Kopf und das Herz eines leidenschaftlichen konservativen Parteigängers besitzt. Auch in den großen Reichsangelegenheiten ist manchmal — nicht bloß in der Zabern-Affäre — seine markante Gestalt in Erscheinung getreten, und wenn auch nicht alles wahr sein mag, was über seine weitreichenden Einflüsse und Verbindungen erzählt worden ist, so wird er von Breslau aus nicht alle Wirkungen entfalten können, die er in Berlin mitunter entfaltet haben soll.

An seine Stelle ist der bisherige Polizeipräsident von Breslau, Herr v. Oppen, getreten, und man muß sagen: wenn man eine Persönlichkeit gesucht hat, die Herrn von Jagow in seinem inneren Amtsbereich gleichwertig und gleichgeartet ist, so hätte man die

Wahl nicht besser treffen

können. Schon als Breslauer Polizeipräsident stand Herr v. Oppen seinem Berliner Kollegen an Ruhm wenig nach, und wenn man in der Zeitung von Versammlungsverboten, Auflösungen, Kämpfen gegen rote Franzschleifen las, so konnte man ohne hinzusehen, hundert gegen eins darauf wetten, daß die Meldung aus Breslau datiert war. Indes, die Zeiten ändern sich, und die Beamten hoffentlich mit ihnen. Das Preußen nach dem Kriege wird ein andres sein. Einstweilen merkt man von der großen Aufklärungsarbeit, die angekündigt worden ist, nicht viel, und der Wechsel im Berliner Polizeipräsidentium kann nicht als Beweis dafür gelten, daß sie schon begonnen hat.

Aber dieser Wechsel ist nur eine Teilercheinung in einem großen Ganzen. Man braucht nur die drei Worte Steuern, Zensur und Ernährungsfrage zu nennen, um zu

begreifen, daß die große Masse des Volkes keine Ursache hat, von unserm innern Regierungskurs besonders erbaut zu sein. Man sagt uns, der Krieg sei nicht die Zeit, um große Veränderungen im Innern vorzunehmen, und so merken wir im Krieg erst recht, wie wir im Frieden regiert worden sind. Da die großen Veränderungen ausbleiben, bleiben eben auch die Einflüsse beherrschend, die bis zum Kriegsbeginn herrschend gewesen sind.

Wenn wir trotzdem an die großen Veränderungen glauben, die nach dem Friedensschluß, und nach der Rückkehr der Feldmännchen eintreten werden, so verlassen wir uns keineswegs auf die Einsicht jener Kreise, denen der Krieg ein Grund für die Verbeibehaltung der gegebenen Zustände ist. Sie werden dafür im Frieden auch schon wieder einen Grund finden, wie es ihnen an Gründen nie gebricht hat. Aber stärker als ihre Gründe werden dann die Tatsachen sprechen.

Das alles muß einmal gesagt werden, weil man sich vom Verhältnis der Sozialdemokratie zur Regierungspolitik vielfach ein falsches Bild macht. Von einem Vertrauensverhältnis ist dieses Verhältnis weit entfernt. Die Sozialdemokratie ist stets bei ihrem Grundsatz stehengeblieben, die Regierung nach ihren Taten zu beurteilen.

Das gilt für die innere wie für die auswärtige Politik. Ueber die auswärtige Politik läßt sich heute nur noch schwerer reden als über die innere. Nimmerhin könnte man über sie schweigen, man braucht über sie nur zu sprechen, soweit das der eignen innersten Überzeugung entspricht. Daß die auswärtige Politik der Regierung im allgemeinen vernünftig ist, daß sie der gegebenen ungeheuer schwierigen Lage nach Kräften gerecht wird, daß sie auch im Kriege den Frieden zu strebt, das braucht niemand zu sagen, der es nicht glaubt. Wir aber sprechen es aus, weil wir davon überzeugt sind.

Die Debatte über die Kriegsziele ist unterbunden. Man weiß darum doch ganz genau, wie man in den verschiedenen Schichten des Volkes über die Kriegsziele denkt, und es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die im Volke vorhandenen Meinungen auf den Gang der Regierungspolitik ohne Einfluß bleiben könnten. Den Frieden, den die Regierung einmal schließen wird, wird sie vor dem

Volke zu vertreten haben, die Stellung des Volkes zum Frieden bleibt darum für sie — mag auch das Volk heute noch nicht so laut und deutlich sprechen dürfen, wie es möchte — die eigentliche Lebensfrage. Man darf sich die Sache aber nicht so vorstellen, als ob Krieg geführt und Frieden geschlossen werden könnte einfach

über die Köpfe des Volkes hinweg.

Krieg kann geführt werden, weil die Masse des Volkes erkennt, daß der Krieg bei der gegenwärtigen Haltung der Gegner noch eine notwendige Maßnahme zur Verteidigung ist. Und Frieden wird geschlossen werden müssen, sobald sich herausstellt, daß das Ziel der Sicherung erreicht ist, und daß die Gegner zum Frieden geneigt sind.

Wie wir wieder zum Frieden kommen, das ist heute die Frage aller Fragen. Und von der Gestaltung dieses Friedens hängt die ganze Zukunft Europas ab. So muß es die Frage der Sozialdemokratie sein, jener Volksströmung Geltung zu verschaffen, die den Frieden will, sobald er möglich ist, und die ihn so will, daß er einer dauernden Verständigung der Völker keinen unzerbrechlichen Riegel vorschiebt.

Wer nicht mittatet, darf auch nicht mitraten. Wer sich der Notwendigkeit verschließt, das Land zu verteidigen, solange es von mächtigen siegtwillenden Gegnern bedroht ist, begibt sich — trotz seiner entgegengesetzten Absicht — der Möglichkeit, auf dem Zeitpunkt und die Art des Friedensschlusses Einfluß zu üben. Auch die Regierung weiß, daß das Reich nur besteht, weil das Volk es verteidigt und es weiter zu verteidigen gewillt ist. So hat die Sozialdemokratische Fraktion durch ihre Kreditbewilligungen der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die Verteidigung des Landes nicht nur etwas von oben Anbefohlener, sondern etwas vom Volke selbst Gewollter ist. Auf dieser Grundlage und auf ihr allein kann sich auch die Friedenspolitik aufbauen, wie sie die Masse des Volkes will. Und erst wenn die Regierung durch Taten beweisen würde, daß sie diese Friedenspolitik nicht will, wäre es für die Sozialdemokratie Zeit, ihre Stellungnahme zu ändern.

Die Regierung wird aber diese Politik wollen, weil sie wollen muß! —

Der Steuerbrei.

Ueber das Steuerkompromiß, das die bürgerlichen Parteien als „gemeinsame Anträge“ dem Reichstag unterbreitet haben, wird unserm Hamburger Parteiblatt geschrieben:

Die Beratung der Selbstschätzungssteuervorlagen in zwei verschiedenen Kommissionen, der Kriegsgewinnsteuer in der Budgetkommission, der Verbrauchs- und Verkehrssteuern in einer besonderen Kommission, schien nach dem Ergebnis der ersten Lesungen nach einem einigermaßen befriedigenden Ausgang nehmen zu sollen: Die Budgetkommission hatte die Kriegsgewinnsteuer wesentlich vermindert, nicht nur durch Erhöhung der Steuersätze, sondern auch und besonders dadurch, daß alle Mehrerlöse in den auch solchen, das nicht zum Vermögenszuwachs kristallisiert ist, der Besteuerung unterliegen sollte, und zwar, wo Mehreinkommen und Vermögenszuwachs zusammenfallen, mit den doppelten Sätzen. Daneben war die nochmalige Erhebung eines Wehrbeitrags in Höhe eines Drittels des früheren beschlossen worden.

Durch diese Beschlüsse, falls sie Gesetz geworden wären, hätten aus Vermögen und Einkommen so erhebliche Summen herausgeholt werden können, daß die vom Reichsschatzsekretär zur Bilanzierung des Etats für 1916/17 geforderten 480 bis 500 Millionen aufgebracht werden konnten, ohne daß auf die Tabaksteuererhöhung und auf die bedeutendsten der Verbrauchsabgaben zurückgegriffen zu werden brauchte. Das war auch der von der Sozialdemokratie in der Steuerfrage konsequent verfolgte Gedanke:

die Besitzsteuern ergiebiger

zu gestalten, um die Verbrauchs- und Verkehrssteuern überflüssig zu machen. Dieser Gedanke wurde von einem Teile der bürgerlichen Fraktionen in der ersten Lesung wenig-

stens so weit unterstützt, daß sie halfen, aus den Besitzsteuern ein Mehr herauszubringen; hinsichtlich der in der andern Steuerkommission verhandelten indirekten Steuern war für die bürgerlichen Fraktionen aber keineswegs allgemein der Gedanke maßgebend, bei diesen Steuern eine Beschränkung eintreten zu lassen wenigstens so weit, als durch Verschärfung der Besitzsteuern ein größerer Ertrag gewonnen würde. Die Erhöhung der Tabakabgaben wurde in der ersten Lesung zwar abgelehnt, jedoch mit so vielen Vorbehalten, daß auf ihre Wiederaufnahme mit Sicherheit gerechnet werden mußte.

Dem Reichsschatzsekretär war die Zerstückelung seines Steuerbündels, dessen Inhalt er für den höchsten Ausdruck steuerpolitischer Gerechtigkeit ausgeben wollte, selbstverständlich sehr unangenehm; nicht minder den einzelstaatlichen Finanzministern, die vor allem die in das Kriegsteuergesetz hineingearbeitete Mehreinkommensteuer wegen ihrer eventuellen Konsequenzen für die Zukunft fürchteten, auch in der nochmaligen Erhebung eines Wehrbeitrags eine Beeinträchtigung der einzelstaatlichen Steuerinteressen sahen. Was dann die in Berlin zusammen gewesenen Finanzminister im einzelnen beschlossen haben, ist ja nicht bekannt geworden, doch läßt der Inhalt des Steuerkompromisses der bürgerlichen Parteien, das ja unter Mitwirkung der Regierungsmänner zustande gekommen ist, darauf schließen, daß die beantragten Änderungen des Kriegsteuergesetzes das äußerste Zugeständnis der Regierungen darstellen. Auch diese geringfügigen Zugeständnisse sind offenbar nur unter der Bedingung gemacht worden, daß von den Verbrauchs- und Verkehrssteuern nichts Wesentliches abgestrichen, jedenfalls

keiner der Steuervorschläge ganz eliminiert werde; kleinere Einzeländerungen hat man jedoch zugelassen und auch den Warenumsatzsteuern an Stelle des von der Regierung vorgeschlagenen Quittungsstempels akzeptiert. Als eine Verbesserung des ursprünglichen Vorschlags kann das nicht angesehen werden; für den Reichsschatzsekretär hat diese Änderung aber den Vorzug, daß sie mehr Geld in seine Kassen leitet. Dadurch werden die Milderungen, die die Zusätze zu den Postgebühren erfahren haben, wohl wieder eingebracht. Diese Milderungen sind selbst aber keineswegs geeignet, die Bedenken gegen die Verteuerung des Postverkehrs zu beseitigen.

Auch die Herabsetzung der

Abgaben für inländischen Tabak

und die Zulassung der Stundung kann die Bedenken nicht aufheben, die gegen eine neue Belastung des Tabaks, der Tabakindustrie und damit der Tabakarbeiter zu erheben sind. Aber Regierung und bürgerliche Parteien sind förmlich hypnotisiert durch den Gedanken, daß der Tabak unter allen Umständen wieder „mehr bluten“ muß.

So ist das Ergebnis der Kompromißverhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Regierung, daß der Mehrertrag aus den Besitzsteuern nicht dazu dienen soll, wenigstens die eine oder die andre der vorgeschlagenen indirekten Steuern zu ersetzen; vielmehr soll der höhere Ertrag der Kriegsteuern vom Besitz neben den andern Steuern erhoben werden, so daß das Gesamtergebnis sich nach der Berechnung der Kompromißmacher um etwa 50 Prozent höher stellen wird als nach den Regierungsvorschlägen und zirka 750 statt 500 Millionen erbringen soll. Dabei ist im Auge zu behalten, daß der Ertrag der Kriegs-

geminnlicher in die 500 Millionen nicht hineingerechnet war, sondern zur Ausgleichung von Ausfällen bei den Zöllen und so weiter dienen sollte.

Die Änderungen, die nach dem Steuerkompromiß an der Kriegsgewinnsteuervorlage vorgenommen werden sollen, scheinen zwar ein höheres Ergebnis zu sichern, als nach der Regierungsvorlage in Aussicht stand, aber der Ertrag wird zweifellos hinter dem zurückbleiben, der sich nach dem Beschließen der ersten Lesung in der Kommission ergeben hätte. Die Tendenz einer Verschärfung der Steuer, die in der ersten Lesung ziemlich allgemein vorherrschte, hat durch die Kompromißvorschläge eine erhebliche Abschwächung erfahren, obwohl die Stufen der Steuererhöhung sowohl für Privatpersonen wie für Gesellschaften noch eine Erhöhung erfahren haben und erstere bis zum doppelten Satze der Vorlage, das heißt bis zu 50 Prozent sich erhebt. Darin liegt eine wesentliche Verschärfung insofern, als aller Vermögenszuwachs mit den höheren Steuerstufen belastet wird, während die Regierungsvorlage die doppelte Steuerstufe nur zur Anwendung bringen wollte bei demjenigen Vermögenszuwachs, der zugleich als Wehreinommen in die Erscheinung tritt.

Diese doppelte Art der Besteuerung sollte der Absicht dienen, die

eigentlichen Kriegsgewinne

scharfer zu fassen als sonstigen Vermögenszuwachs. Die Kriegsgewinne für sich rein herauszuschälen, um sie einer gesonderten Besteuerung zu unterwerfen, hat sich als unmöglich erwiesen. Indem aber die Regierungsvorlage das Wehreinommen neben dem Vermögenszuwachs nochmals demselben Steuerfah unterwarf, würden damit im wesentlichen die eigentlichen Kriegsgewinne von dieser doppelten Besteuerung getroffen, also das erreicht worden sein, was dem allgemeinen Empfinden aller Volksschichten entsprach: den Kriegsprofitmachern einen Teil ihrer unberechtigten Gewinne wieder abzunehmen.

Dieser Grundgedanke der Regierungsvorlage wird durch das Steuerkompromiß vollständig preisgegeben, das allen Vermögenszuwachs gleichmäßig, also auch auf die gewissenloseste Weise gemachte Kriegsgewinne nicht höher besteuern will, als etwa durch Sparjamkeit und Entbehrungen ermöglichte Rücklagen für die Sicherung in den Tagen des Alters. Das ist nach unserer Auffassung eine wesentliche Verschlechterung der Vorlage, die

nur dadurch in etwas gemildert wird, daß kleinere Vermögen bis 10 000 Mark von der Steuer frei bleiben sollen.

Eine Verschlechterung gegenüber den Beschließen der Kommission in erster Lesung ist auch die

Wiederansumerzung des Wehrbeitrags

und dessen Erhebung durch eine Steuer für fingierten Vermögenszuwachs, der rein konstruktiv und in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Der Gedanke, eine Kriegsteuer auch von dem Vermögen zu erheben, was im Kriege keinen Zuwachs erfahren hat, natürlich nach geringeren Sätzen als für Kriegsgewinne, ist durchaus gesund. Dieser Gedanke verkörperte sich auch in dem Wehrbeitrag, bei dem freilich nicht nur das Vermögen, sondern auch die Einkommen über 5000 Mark zur Steuer herangezogen wurden. Wenn schon den einzelstaatlichen Finanzministern der Gedanke, daß mit der nochmaligen Erhebung der Wehrbeitrag sich als dauernde Einrichtung einbüßern könnte, schwere Besorgnisse erregt haben mag, so dabei im besonderen wohl die Mitberanziehung des Einkommens, wodurch sie die Steuerdomäne der Einzelstaaten gefährdet sehen. Daß eine solche Gefährdung in Wirklichkeit nicht vorliegt, hat die bisherige Erhebung des Wehrbeitrags in drei jährlichen Raten erwiesen. Er läßt sich, zumal unter dem anormalen Verhältnissen und Finanzbedürfnissen des Krieges, sehr wohl verantworten, wenn auch für eine dauernde Steuer die Steuerfah anders gestaltet werden müßte.

Aber Vermögen und Einkommen wollen die einzelstaatlichen Finanzminister dem Reiche nicht preisgeben; sie sollen ein Reservat der Einzelstaaten bleiben. Darum hat man schon die Reichsbesitzsteuer von 1913 als Vermögenszuwachssteuer konstruiert und darum hat man auch in den jetzt vorliegenden Kompromißvorschlägen die Abgabe vom Vermögen künstlich als Zuwachssteuer zurechtgemacht; indem man eine vollständig in der Luft schwebende Voraussetzung konstruierte, nämlich die, daß der Krieg eigentlich allen Vermögen mindestens 10 Prozent Verlust gebracht haben müßte und daß geringerer oder kein Verlust als Vermögenszuwachs anzusehen und dementsprechend zu versteuern sei, und zwar mit 1 Prozent des imaginären „Zuwachses“. Diese Konstruktion ist ein Stück finanzpolitischer Kabbalisterei, das geradezu beängstigend wirkt. Es ist die

letzte Abwehraktion

gegen den richtigen Gedanken, daß das Reich, zumal bei

der jetzigen Gestaltung seiner Finanzen an der selbständigen Besteuerung von Vermögen und Einkommen nicht mehr vorbeikommen kann. Das wird auch die künstliche Konstruktion, die aus Vermögensverlusten Vermögenszuwachs macht, auf die Dauer nicht hindern. Uebrigens wäre die Konsequenz dieser Verlust-Gewinn-Rechnung, daß auch den glücklichen Einheimern von wirklichen Kriegsgewinnen zu diesen für die Zwecke der Besteuerung noch 10 Prozent ihres schon vorher besessenen Vermögens hinzugerechnet werden müßten.

Das Steuerkompromiß hat also recht viele Mängel. Das ist freilich das Schicksal so ziemlich aller Kompromisse. Die bürgerlichen Fraktionen haben die Verhandlungen offenbar von vornherein nicht in der Absicht geführt, wenigstens einen Teil der neuen Verbrauchs- und Verkehrsabgaben zu vermeiden; ihr Gedanke scheint vielmehr aufgeworfen zu sein, ein wenig mehr an Steuern auf den Volksherauszuschlagen, um der vom Reichsschatzsekretär Doktor Helfferich so sehr gepriesenen „ausgleichenden Gerechtigkeit“ beim Steuerwesen ein besseres Gesicht aufzusetzen.

Die bürgerlichen Fraktionen haben die Sache deshalb auch ganz für sich und nicht einmal den Versuch gemacht, die Sozialdemokraten zu den Verhandlungen heranzuziehen. Sene hatten die richtige Bitterung, daß das, zumal bei der Richtung, die sie dem Kompromißverhandlungen geben wollten, ihnen selbst nur hinderlich sein konnte, denn die Sozialdemokraten konnten und können sich auf die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Verbrauchs- und Verkehrssteuern nicht einlassen. Nomen ist der Inhalt der Kompromißvorschläge erst zur Kenntnis gekommen, als die Verhandlungen völlig abgeschlossen waren und alle bürgerlichen Fraktionen sich auf die Vorschläge festgelegt hatten. Unsere Genossen haben sich in der Kommission bemüht und werden sich im Plenum noch bemühen, die Besitzsteuern besser zu gestalten und von den indirekten Steuern noch etwas abzubrockeln, aber viel Erfolg dürfte dabei nicht mehr in Aussicht stehen. Ihre Bereitschaft, die Besitzsteuern zu bewilligen, wird sie aber selbstverständlich nicht abhalten, die indirekten Steuern abzulehnen.

Für die Zukunft werden jedoch die Vorgänge bei diesen Kriegsteuerberatungen nicht vergessen werden und das Volk wird später sein Urteil darüber zu fällen haben. —

Was der Krieg bringt.

Weitere Breschen.

Tag für Tag bringen die Oesterreicher und Ungarn vor; Tag für Tag drängen sie die Italiener zurück. Der am Montagabend ausgegebene österreichische Generalstabbericht meldet:

In dem besetzten Raume von Asiago überschritten unsere Truppen bei Moana das Asiatal, warfen den Feind bei Canove zurück und breiteten sich auf den südlichen und östlichen Talhängen aus. Andere Kräfte nahmen nach Ueberwindung der Befestigungen auf dem Monte Interratto die Höhen nördlich von Asiago in Besitz. Weiter im Norden sind der Monte Zebio, der Monte Zingarella und der Corno di Campo Bianco in unsere Hände.

Im oberen Pustinal wurden die Italiener nach einem hartnäckigen Kampf aus ihren Stellungen westlich und südlich von Bettale vertrieben.

Das Asiatal war ein schweres Hindernis für den österreichischen Vormarsch gegen und um Asiago. Es ist an einer Stelle überwunden worden; die Bresche ist sofort nördlich erweitert worden. Ähnliche Erfolge sind um Arziero erlangt.

Die Befestigungen um Arziero und Asiago sind die mächtigen Riegel, die den Abstieg in die lombardische Ebene verstopfen. Es gilt, diese Riegel zu brechen. Der Anfang ist gemacht.

Es winkt ein großes Ziel. Schio, die erste Stadt der Ebene, ist von Venedig nur 80 Kilometer entfernt. Die Frontfront dagegen reicht um mehr als 200 Kilometer nach Osten. Sollte nur der Einfall in die Ebene gelingen, so würde der italienische Operationsraum vom Tizone bis Änten schon in die schwerste Gefahr geraten, die durch Umgruppierungen nicht mehr zu heilen wäre.

Der Seeberg, das in den Alpen bis zur nota festliegt, steht daher Ungeheures auf dem Spiele. —

* * *

Der Seekrieg.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Bei Drogöfand wurde am Sonnabendabend vom Meere her heftiges Geschützfeuer gehört, das ¼ Stunde andauerte. Es rührte von dem Angriff eines feindlichen Unterseeboots auf vier deutsche Erdampfer her, die von drei deutschen bewaffneten Vorpostenschiffen begleitet waren. Der Angriff mißglückte. Das Unterseeboot stellte plötzlich das Feuer ein. Die sieben deutschen Schiffe passierten Sonntag vormittag Deland. Es ist unbekannt, aus welchem Grunde das Unterseeboot das Gefecht unvermittelt abgebrochen hat.

Eines von zwei Leichter Schiffen, die von dem Schlepddampfer „Lauwerzee“ von Rotterdam nach London gebracht wurden, und am 25. Mai zwischen Waterweg verließen, ist in der Nordsee von einem U-Boot torpediert worden und gesunken. Mit dem anderen Leichter kam der „Lauwerzee“ wohlbehalten in London an. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Der holländische Segler „Holland“ wurde wegen Verdachts der Spionage von einem deutschen Kriegsschiff angehalten und zur näheren Untersuchung auf Vorkommando verhaftet. —

Die Stimmung in Rumänien.

Aus Bukarest wird der Internationalen Korrespondenz geschrieben:

Es hat den Anschein, als ob jetzt auch in Rumänien, wo diese ganze Kriegszeit hindurch eine Senation die andre jagte, die politische „Gurkenzeit“ heranbricht. Jedenfalls will es den Kriegshebern von Beruf nicht gelingen, wieder „Leben“ in das Volk zu bringen. Da schon das zweite Kriegsjahr zur Reize geht, hat man bereits einige Erfahrung über das Wesen der Kriegshebe in Rumänien und weiß, daß sie sonst immer gerade zur Zeit der Parlamentsferien den größten Umfang annimmt. Da schmilzt die Bewegung an und ruft den Eindruck hervor, daß jetzt die Regierung sicherlich entweder mit den Russophilen gehen oder gestürzt würde, wenn — das Parlament tagen würde. Sobald aber die Parlamentssession eröffnet wird, zeigt sich die parlamentarische Schwäche der Opposition und allgemeine Beruhigung tritt ein. Diesmal scheint es jedoch anders werden zu wollen, denn auch nach der Vertagung des Parlaments können die Massen zur Kriegsbegeisterung nicht aufrüttelt werden.

Das Bürgertum hat jetzt andern politischen Nährstoff als den Eintritt in die Aktion: Wirtschaftsabkommen mit Deutschland, mit der Türkei, neuerdings auch mit Bulgarien. Das sind Dinge, die Millionenprofite einbringen, und über welche sich daher leichter und angenehmer spricht als über ein blutiges Nationalideal. Schließlich kommt noch der große Erfolg der nationalen Anleihe die 100 Millionen ergab, und den Zeichnern 500 Gewinne verspricht, hinzu, um den Eintritt in die Aktion als politischen Gesprächsstoff auf den zweiten Plan zu setzen.

Dieser Umstand wird in den führenden Kreisen der Russophilen mit Unwillen empfunden, und es fehlt nicht an Versuchen, ihm ein Ende zu bereiten. Vor zwei Wochen hielt Filibescu eine mächtige Kriegszrede in Craiova. Inläßlich der Entweihung des dortigen konservativen Klub (Filibescuischer Richtung) erzählte er in einem Vortrag seine Eindrücke von der Reise nach Rußland, die ihn in der Ueberzeugung vom Siege des Viererbandes bestärkten. Er sprach wieder von den vielen „verlorenen Momenten“, und schloß mit der Aufforderung zum Kampfe für den Eintritt in den Krieg.

Diese Rede, die dazu bestimmt war, als politische Senation auf weite Kreise anspornend zu wirken, verhallte in den Spalten der Tagespresse.

Einen viel energischeren Versuch, die Stimmung zu beleben, unternahm gleichzeitig ein anderer Kriegsheber, der Universitätsprofessor Mandrescu, der bis jetzt nicht als führende Persönlichkeit hervorgetreten war und anscheinend den allgemeinen Stillstand dazu benutzen wollte, um an die Oberfläche zu kommen. Er veröffentlichte in der Russenpresse einen Aufruf „An das rumänische Volk“, den er selbst, nicht im Namen irgendeines Komitees, unterzeichnete. Der Aufruf enthält neben den selbstverständlichen Angriffen gegen die neutrale Haltung der Regierung auch scharfe Aus-

fälle gegen die Zeitung der russophilen Bewegung, die nebst von der Phrase der Regierung, daß „das Land eine schwere Zeit durchlebe“, betören und von ihrer Pflicht zum rücksichtslosen Kampf gegen die Neutralität abhalten ließ. Es bestehe die Gefahr, daß die Zeitung der Kriegspartei dem Friedenspolitik der Regierung gegenüber bis ins Endlose fortsetzen werde, was vom rumänischen Volke verhütet werden müsse. Schließlich enthält der Aufruf auch eine boshaftige Anspielung auf die Meuegerung des Ministers des Innern, daß sich an der Kriegskontorbanke nach Oesterreich „hochgestellte Persönlichkeiten aller Parteien“ beileiten hätten. Der Aufruf lud „alle jene, die in keine politische Partei eingereiht sind, und über ihr Denken und Handeln selbstständig verfügen können oder selbst, wenn sie politischen Parteien angehören, auf ihre persönliche Freiheit nicht verzichten wollen“, zu einer Versammlung ein, der ein Gottesdienst vorangehen sollte.

Der Plan fiel ins Wasser. Möglicherweise gab es in gona Bukarest keine freien Säle mehr, so daß die angesagte Versammlung aus „technischen Gründen“ nicht abgehalten werden konnte. Herr Mandrescu, der Professor für die deutsche Sprache und Literatur, gelangt nicht zu führender Stellung in der russophilen Bewegung, die ihre alten erprobten Führer auch vergebens nachzurütteln suchen.

Diese beiden Episoden — Filibescus wirkungslose „Philippika“ in Craiova und Mandrescus abgelegte Versammlung — scheinen einen ruhigen Sommer anzukündigen. Es ist ungefähr ein Jahr her, daß mit der Intervention Italiens die Kriegsbewegung in Rumänien bis zur Siebelitze anstiehl. Die gemäßigte Temperatur, die sich für diesen Sommer ankündigt, kann auch leicht auf italienische Ursachen zurückgeführt werden! —

* * *

Rabinettswechsel in Japan.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio hat der japanische Ministerpräsident Graf Okuma seine Entlassung eingereicht. Als sein Nachfolger wird Baron Kato genannt. — Graf Okuma ist seit Kriegsbeginn der stärkste Vertreter der englischen Sache in Japan gewesen. Ob sein Rücktritt und die als wahrscheinlich genannte Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft durch Baron Kato eine Veränderung des japanischen Kurzes mit sich bringen werden, ist heute noch nicht zu übersehen. Baron Kato, der ehemalige Außenminister Okumas, hat 1914 in dieser Eigenschaft den Mittelmächtern den Krieg erklärt. Vor dem lange Volschafter in London, hat man auch ihn „englischer als die Engländer“ genannt. Er scheint indes seit 1914 manche Wandlungen durchgemacht zu haben. Schon im September des vorigen Jahres erklärte er in einer Versammlung seiner Partei über Japans Beziehungen zum Weltkrieg u. a.: „Wieder einmal haben die Verbündeten, diesmal die Russen, uns um Ueberfendung von Soldaten gebeten. Davon kann aber keine Rede sein. Denn der Krieg in Europa geht uns absolut nichts an. Zwischen uns und Deutschland existiert überhaupt kein Casus belli.“ —

Kriegslieferungen und Friedensvermittlung.

Die Partei des „Krieges bis zum Siege“ tut alles, um dem deutschen Volke die amerikanische Friedensvermittlung verdächtig zu machen und zu vereiteln. So bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“ zu einer neuerlichen Friedensversammlung in Amerika das Folgende:

Angesichts dieses fortwährenden Verschwendungsvorganges jenseits des Atlantischen Ozeans beginnen mehr und mehr Gefühle sich unter zu bemächtigen, welche wir aus Höflichkeit noch nicht zu Papier bringen möchten. Auch der unparteilichste Beobachter, etwa ein Neutraler, der auf dem Monde wohnt, und keinerlei „Interessenkonflikte“ usw. kennt, würde den Amerikanern sagen müssen: denn ihr wirklich schnelle Beendigung des Krieges wolle, so stellt den Kriegsmaterialhandel an den Viererband ein und laßt dem Deutschen Reich auch sonst freie Hand, anstatt es unter der Dehse der Menschlichkeit und Kultur usw. „moralisch niederzubiegen“.

Dieser agitatorischen Ausübung der amerikanischen Kriegslieferungen gegen die Friedensvermittlung stellt sich in einem New Yorker Brief des offiziellen „Lokal-Anzeigers“ G. v. Thal entgegen. Er verweist darauf, daß die amerikanische Ausfuhr an Kriegsbedarf von 1913 auf 1915 von 146,37 auf 418,91 Millionen Dollar gestiegen ist und bemerkt dazu:

Auf der andern Seite wird man auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn verstehen, daß die Regierung dieser Entwicklung gegenüber in achtlos ist. Sie würde sich durch ein Ausfuhrverbot so mächtige Feinde schaffen, daß sie sich nicht halten könnte. Die andern Industrien, die unter der englischen Blockade leiden, kommen angesichts dieser Ausfuhrzahlen nicht in Betracht. Selbst wenn ihnen geholfen würde, wäre die Einbuße, die durch das Ende der Ausfuhr von Kriegsmaterial entsteht, immer noch enorm. Es ist auch erklärlich, daß die Stimmen, die vor der Gefahr warnen, daß die Nachfrage nach Waffen und Munition auf einmal aufhören kann, ungehört verhallen. Wohl fehlt es nicht an Männern, die mit ernster Besorgnis zusehen, wie ein Betrieb nach dem andern seiner normalen Bestimmung entzogen und für eine Produktion verwendet wird, die nicht dauernd abgesetzt werden kann, aber solange ja ein Geld verdient wird, denkt niemand an die Zukunft.

Jedenfalls sollten bei Betrachtung dieser Zahlen alle Hoffnungen schwinden, daß die Vereinigten Staaten veranlaßt werden können, ihre Lieferungen an die Alliierten einzustellen. Aus dem Umstand, daß die amerikanische Regierung die Ausfuhr von Kriegsbedarf nicht verbietet, darf danach nicht geschlossen werden, daß sie zur Friedensvermittlung ungeeignet ist.

* * *

Verbot der lokalen Ausfuhrverbote.

In einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten wenden sich die preussischen Ministerien für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sowie des Innern gegen die ausschließliche Versorgung einzelner Landesteile mit Lebensmitteln zu ungunsten der Bevölkerung der Großstädte und Industriegebiete. Die Anordnungen zur Versorgungsregelung in den einzelnen Landesteilen sollen nur in einem Umfang zugelassen werden, daß unter allen Umständen jede Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensmittelversorgung ausgeschlossen ist. Ausfuhrverbote für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, sollen allgemein unterbunden werden. Das Reich müsse im Kriege keine Eigenschaft als einheitliches Wirtschaftsgebiet bewahren, und unter den heutigen Umständen dürfe niemand Anspruch auf eine auch nur annähernd den Friedensgewohnheiten entsprechende Versorgung erheben.

* * *

Das Ernährungsamt.

In den letzten Tagen wurden vom Haushaltsausschuß des Reichstags die Ernährungsfragen weiter besprochen und am Montag besonders die Tätigkeit des neuen Ernährungsamts erörtert.

Nachdem zunächst die staatsrechtliche Frage, wie das Verhältnis des neuen Amtes zu den Landeszentralbehörden sich gestaltet, debattiert war, gab der Präsident dieses Amtes, v. Valocki, eine Erklärung ab über die Ziele, die das Amt sich zunächst gesetzt habe. Eine Anzahl Pläne seien bereits fertig. Die größte Sorge mache momentan die Fettversorgung, doch sei zu hoffen, daß bis Pfingsten der größte Mangel beseitigt werde. Die Bevölkerung solle durch Mitteilung der Tatsachen aufgeklärt werden; übertriebene Rücksicht auf den Eindruck im Ausland sei nicht angebracht.

Hg. Ebert (Soz.) führte aus: Die Notwendigkeit der neuen Organisation ist leider von der Regierung zu spät erkannt worden. Gätte man im Herbst 1914 sofort zugegriffen, dann ginge es uns heute besser. Es ist ein völliges System der Systemlosigkeit eingetreten. Der Wucher hat sich immer mehr ausgebreitet, man hat wenig oder gar nichts dagegen getan. In einem Lande, das mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, mußte der freie Markt längst aufgegeben werden. Die Ausführungen des Präsidenten Valocki haben eigentlich wenig Positives enthalten. Die Grundzüge für die Brotverteilung hätten auch auf die Verteilung der andern Lebensmittel angewendet werden müssen. Bei der jetzigen Bestandaufnahme von Lebensmitteln muß die Höhe dessen festgelegt werden, was als zum eigenen Bedarf erforderlich gehalten werden darf. Der Handel darf nur noch Hilfsorgan der neuen Organisation sein. Die Verteilung muß Sache der Kommunalverbände sein, denen die Rationierung gesetzlich vorgeschrieben werden muß. Der Gedanke der Massenpeisung muß in die Tat umgesetzt werden. Insbesondere für die erwerbstätigen Frauen bedeutet das eine große Erleichterung, nicht minder auch für die alleinziehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Massenpeisung ist allerdings zunächst eine Frage der Organisation. Es ist dringend zu wünschen, daß den Gemeinden zu diesem Zwecke vom Reiche Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Lebensmitteln ist riesig; die Art aber, wie dieser Bedarf gedeckt wurde, hat direkt zu Preiserhöhungen und Schädigung der Zivilbevölkerung geführt. Die kommandierenden Generale dürfen in die Volksernährung nicht durch Ausfuhrverbote eingreifen. Die jetzt geübte Schlagbaum-Politik muß verschwinden. Die Schwierigkeiten, mit denen das neue Amt zu kämpfen hat, sollen nicht verkannt werden; es muß aber daran festgehalten werden, daß das neue Ernährungsamt der Kritik des Reichstags untersteht und daß die getroffenen Verordnungen der Kontrolle durch den Reichstag nicht entzogen werden. Die Bestrebungen, mehr Vertreter der Landwirtschaft in den Vorstand zu bringen, sind in keiner Weise berechtigt; viel wichtiger wäre es gewesen, wenn in den Vorstand auch eine Frau berufen worden wäre, wie es auch notwendig ist, den Frauen im neuen Beirat eine Vertretung zu sichern. Neben dem großen Beirat soll aber auch der Ernährungsbeirat des Reichstags in Funktion bleiben.

Präsident v. Valocki stimmt den Ausführungen Eberts zu; er hält es auch für notwendig, daß Frauen in den Beirat berufen werden. Den Vorstand zu verstärken, ist bedenklich. Man soll es zunächst bei der jetzigen Organisation belassen. Den

Vorschlägen Eberts betr. die Massenpeisung stimme er ebenfalls zu. Auch halte er es für notwendig, daß die Gemeinden eine Rationierung durchführen. Die Bestandaufnahmen an Fleisch sollen eine Ausdehnung erfahren. Eine allgemeine Rationierung nach dem Muster des Brotes ist ganz unmöglich.

Im weiteren Verlauf der Erörterungen, in der von dem Geschäftsführer des Bauernbundes, Dr. Böhm, wie dem Direktor des Bundes der Landwirte, Noeide, wiederholt die Beziehung praktischer Landwirte zu dem Vorstand des Kriegsernährungsamts gefordert wurde, versicherte Präsident v. Valocki noch, die Situation sei so ernst, daß das Interesse der Erzeuger für die nächste Zeit nicht berücksichtigt werden kann. Vor allen Dingen muß die Not gelindert werden; selbst auf die Gefahr hin, daß einmal kurze Zeit mit unserm landwirtschaftlichen Besitz Raubbau getrieben werden muß.

Hg. Hoff (Forstkr. Bp.) begrüßt es, daß Präsident von Valocki für die nächste Zeit wenigstens das Interesse der Erzeuger in den Hintergrund treten lassen wolle. Herr v. Oldenburg hat die Bauern direkt aufgefordert, die Verordnungen des Bundesrats nicht zu befolgen. Im Interesse der Volksernährung liegt es, den Viehstapel nicht größer zu halten, als er auch tatsächlich ernährt werden kann.

In der weiteren Debatte empfiehlt Hg. Wurm, daß der Präsident des Kriegsernährungsamts dafür sorgen möge, daß der öffentliche Kritik an den Ernährungsfragen freigegeben würde. Den Gemeinden müssen Vollmachten gegeben werden, ihre Anordnungen auch durchzuführen. Die Anzeigen, die in Berlin wegen Ueberschreitung der Preise schon vor Monaten erfolgt sind, scheitern zum Teile heute noch. Die Rationierung hat nur Zweck, wenn sie für das ganze Reich erfolgt.

Dr. David wendet sich dagegen, daß noch mehr Landwirte in den Vorstand berufen werden sollen. Notwendig sei dagegen die Berufung einer Frau. Hg. Schmidt (Berlin) bespricht die Höchstpreispolitik und verlangt, daß auch bei der Massenpeisung darauf gesehen wird, daß die verlangten Preise auch wirklich bezahlt werden können.

Hg. Ebert (Soz.) hebt noch besonders hervor, daß die schwerarbeitende Bevölkerung am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Selbstverständlich soll erhalten werden, was für die Zukunft notwendig ist. Das Verhalten der Getreidemehlwirtschaft, die pro Tonne 5 Mark Provision berechnet hat, ist auf das allerhöchste zu verurteilen. Erst seit kurzer Zeit ist die Provision auf 2 Mark herabgesetzt worden und damit immer noch hoch genug. Mit dieser Gesellschaft sind Verträge geschlossen worden auf Lieferung von Getreide zur Herstellung von Graupen und Malzkaffee. Hier wäre es Pflicht des Reiches gewesen, die Preise erst genau zu prüfen. Der Direktor der Getreidemehlwirtschaft steckt nicht weniger als 60 000 Mark Gehalt pro Jahr ein. Solche Zustände müssen empörend wirken.

Damit war in der Hauptsache die Debatte erschöpft. Die Abstimmung über die Anträge wird später vorgenommen. Die Beratung über die andern Punkte werden Dienstag fortgesetzt.

* * *

Notizen.

Die elsaß-lothringische Frage. In letzter Zeit wurde in der Presse angedeutet, die elsaß-lothringische Frage laufe auf eine allmähliche Auflösung der Verwaltung hinaus. Die „Tägliche Rundschau“ vertritt nun, daß die Zukunft Elsaß-Lothringens trotz der Ernennung eines neuen Staatssekretärs noch immer ungeklärt sei, und daß die Besprechungen, die der Reichskanzler bei seiner Anwesenheit in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt führen wird, zum großen Teil der Frage gelten werden, wie die Zukunft Elsaß-Lothringens sich zu gestalten habe. Vielleicht sei diese Angelegenheit sogar ein Hauptanlaß für die Reise des Reichskanzlers nach Süddeutschland gewesen.

Japanische Forderungen an Rußland. Die japanische Regierung hat sich im Frühjahr geweigert, den Transport einer amerikanischen Mission durch Japan nach Rußland zu gestatten, falls nicht Rußland in folgende Forderungen einwillige: Unterstufung der japanischen Politik und der japanischen Interessen in China, Ansiedlungsrecht für die Japaner in gewissen nördlichen und östlichen Gebieten Sibiriens, Schifferrecht in russischen Gewässern, Abtretung der Halbinsel Sachalin, die noch in russischen Händen war, und Entlassung der Besatzungen von Vladivostok. Ueber die letzte Bedingung schweben noch Verhandlungen, die andern wurden von Rußland angenommen.

Juanfuchai vergiftet? Das japanische Blatt „Mashi“ berichtet nach der „Times“ aus Peking: Juanfuchai ist am letzten Freitag erkrankt. Sein Zustand ist schon jetzt so ernst, daß er nicht mehr sprechen kann. Es wird behauptet, daß er vergiftet worden ist. — Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Peking: Mittels Erlasses des Präsidenten Juanfuchai ist Tiao Tschulin an Stelle des wegen Erkrankung zurückgetretenen Dutschensjan zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. — In Schanghai ist der revolutionäre Führer Tschesimei ermordet worden.

* * *

Verlustliste Nr. 538.

Von Truppenkassen, denen Truppen aus unserm Verbleibungsbezirk angehören, weist die Liste auf: Infanterie-Regiment Nr. 66, Infanterie-Regiment Nr. 165, Infanterie-Regiment Nr. 188, Heeres-Infanterie-Regiment Nr. 215, Heeres-Infanterie-Regiment Nr. 217, Heeres-Infanterie-Regiment Nr. 227, Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 4 des 4. Armee-Korps und Jäger-Bataillon Nr. 4.

* * *

Depeschen.

Einmarsch in Griechenland.

W. T. V. Saloniki, 29. Mai. (Neutermeldung.) Die Bulgaren besetzen das griechische Fort an der Strumamündung in die Gorje sowie die Station und die Brücke von Demichissar. Deutsche und bulgarische Offiziere erklärten am Donnerstag dem griechischen Kommandanten von Kypel, sie hätten Befehl, die bulgarische linke Flanke gegen einen Angriff der Verbündeten zu decken. Sie schlugen vor, das Fort in Uebereinstimmung mit den Grundgesetzen der Neutralität, wie sie in Athen ausgelegt würden, zu besetzen, und verlangten den Abzug der Griechen binnen 24 Stunden. Der Kommandant telegraphierte nach Athen. In einem Protokoll verpflichteten sich die deutschen und bulgarischen Offiziere, das Fort zu räumen, sobald die Ursache dieser Okkupation aufhört. Hierauf zogen die Griechen ab, mit Ausnahme einer Kompanie, die 24 Schüsse abgab, und sich dann auf einen bestimmten Befehl aus Athen ebenfalls zurückzog. Die Deutschen und Bulgaren sind sehr tätig bei Kanti und Eskige nördlich von Kavalla, wo sie Kontons zusammenbringen, um die Meeresküste zu überqueren.

Erfolg links der Maas.

W. T. V. Großes Hauptquartier, 30. Mai 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Feuerkämpfe fanden auf der Front zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras statt, auch Lens und seine Vororte wurden wieder beschossen. In der Gegend von Souchez und südöstlich von Tahure scheiterten schwache feindliche Vorstöße.

Gesteigerte Gefechtsaktivität herrschte im Abschnitt von der Höhe 304 bis zur Maas. Südlich des Raben- und Cumières-Waldes nahmen deutsche Truppen die französischen Stellungen zwischen der Südkuppe des Toten Mannes und dem Dorfe Cumières in ihrer ganzen Ausdehnung. An unvertundenen Gefangenen sind 35 Offiziere (darunter mehrere Stabsoffiziere), 1313 Mann eingebracht. Zwei Gegenangriffe gegen das Dorf Cumières wurden abgewiesen.

Westlich der Maas verbesserten wir durch örtliches Vordrücken die neugewonnene Linie im Thiaumont-Walde. Das beiderseitige Feuer erreichte hier zeitweise größte Heftigkeit.

Unsre Flieger griffen mit beobachtetem Erfolg gestern Abend ein feindliches Zerstörergeschwader vor Ostende an. Ein englischer Doppeldecker stürzte nach Luftkampf bei St.-Eloi ab und wurde durch Artilleriefeuer vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Lipsk stießen deutsche Abteilungen über die Schtschura vor und zerstörten eine russische Blockhausstellung.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Deutsche und bulgarische Streitkräfte besetzten, um sich gegen augenscheinlich beabsichtigte Ueberraschungen durch die Truppen der Entente zu sichern, die in diesem Zusammenhang wichtige Rupele-Enge an der Struma. Unsre Ueberlegenheit zwang die schwachen griechischen Posten, auszuweichen; im übrigen sind die griechischen Hoheitsrechte gewahrt worden.

Oberste Heeresleitung.

Französischer Tagesbericht.

W. T. V. Paris, 30. Mai. Amtlicher Bericht vom Montag nachmittag. Südlich von Eperlecques zerstörte die französische Artillerie deutsche Werke der ersten Linie in der Gegend von Neuvaigues. Auf dem linken Maasufer waren die beiderseitigen Artillerien während der Nacht sehr tätig. Gestern Abend gegen 7 Uhr wurde ein deutscher Angriff, der aus dem Rabenwalde hervorbrach, durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie vollkommen abgeschlagen. Ein zweiter in derselben Gegend gegen Mitternacht unternommener Angriff scheiterte gleichfalls. Auf dem rechten Maasufer verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig außer in der Gegend der Feste Wang, wo die beiderseitigen Artillerien sehr tätig waren. In Lothringen wurde eine starke deutsche Erkundungsabteilung in Gegend von Barvoh zerstört.

Flugdienst: Während des gestrigen Tages lieferten französische Flieger 15 Gefechte. Zwei deutsche Flugzeuge wurden niedergeschossen. Eins stürzte am Rande des Argonner Waldes bei Mentila brennend ab, das andre in der Gegend von Amfontaine nördlich Berry-au-Bac. Im Verlaufe eines Probezugs wurde ein französischer Flieger von einem Fokkerapparat angegriffen, der auf ihn über 1000 Schüsse abgab. Obwohl sein Flugzeug von Geschossen durchlöchert war, gelang es ihm doch, in unsern Linien zu landen. Sein Verfolger wurde seinerseits angegriffen und bei Bourgnone westlich Reims zum Absturz gebracht. Auf dem linken Maasufer schossen zwei Automobilgeschütze zwei deutsche Flugzeuge ab, von denen das eine nördlich Avocourt, das zweite bei Tahure niederschlug.

Der Abendbericht lautet: Auf dem linken Westlichen Kriegsschauplatz richtete der Feind während des ganzen Tages ein Feuer aus Geschützen schweren Kalibers auf unsere erste und zweite Linie zwischen dem Walde von Avocourt und Cumières. Gegen 3 Uhr nachmittags griffen die Deutschen unsere Stellungen am Hügel 304 heftig an. Zunächst mit empfindlichen Verlusten mehrmals abgewiesen, erneuerte der Feind um 5 1/2 Uhr nachmittags seinen Versuch, erlitt aber wiederum eine blutige Schlappe. Feindliche Truppenansammlungen, die westlich vom Hügel 304 gemeldet wurden, wurden von unsern Batterien unter Feuer genommen und zerstört. Zwischen dem Toten Mann und Cumières wurde ein starker feindlicher Angriff, der sich aus dem Rabenwald heraus entwickelte, durch unser Sperrfeuer gebrochen. Nur an einem Punkte gelang es dem Feinde, auf einer Front von etwa 300 Metern in einem vorgeschobenen Graben nordwestlich Cumières Fuß zu fassen. Auf dem rechten Maasufer heftiger Artilleriekampf und westlich vom Fort Douaumont. Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden, abgesehen von der gewöhnlichen gegenseitigen Beschießung, die sich am Walde von Apremont besonders lebhaft gestaltete.

Bacasch

Schluß
des Extraverkaufs
von
95-Pfg.-Artikeln
am Mittwoch abend

Kinder-Hüte



2.75



3.95



4.95

Mädchenhüte mit Band 0.95
Mädchenhüte mit Band und Blumenranke 1.95
Mädch.-Matrosenhüte mit hängender Schleife 3.95

Damen-Putz und Modewaren

Moderne Hutformen

Gruppe IV		Gruppe III		Gruppe II		Gruppe I
8.50	6.50	4.95	3.95	2.95	1.95	0.95

Neue Sport-Hüte

Gruppe III		Gruppe II		Gruppe I	
7.50	6.50	4.95	3.95	2.95	1.95

Hutgarnituren

Hutranken, Blüten, Rosen, Stiefmütterchen

Gruppe III		Gruppe II		Gruppe I	
3.50	2.95	2.50	1.95	1.45	0.95

Garnierte Damen-Hüte

hell und dunkel, enorme Auswahl

12.50	9.75	6.85	4.85	3.75	2.50
-------	------	------	------	------	------

Weißwaren

Jacken- und Blusenkragen
30 50 $\frac{1}{2}$ bis 2.50
Stuartkragen und Rüschen
45 75 $\frac{1}{2}$ 1.25 2.50
Kutscher-Blusenkragen Neuheit
1.50 2.25 3.75 4.95 5.50
Zipfelmützen in vielen Farben 95 $\frac{1}{2}$ 1.75 2.25

Kinder-Garnituren Rips gestickt und mit Spitze
1.25 1.95 2.50
Kinder-Garnituren marine
1.85 2.25 3.50
Matrosenkragen marine
1.25 1.75 2.25
Kieler Knoten 32 65 95 $\frac{1}{2}$ 1.25

Seidenband

Taffetband ca. 11 cm breit Meter 75 $\frac{1}{2}$
Schärpenband ca. 15 cm breit Meter 1.35
Haarband in vielen Farben
2 $\frac{1}{2}$ bis 4 $\frac{1}{2}$ cm breit Haarband 22 14 $\frac{1}{2}$

Reichs-Buchwoche

28. Mai bis 4. Juni

Große Auswahl in dazu geeigneten Büchern:
Ullstein-Bücher — Reclam-Sammlung —
Fischer-Bibliothek — Deutsche Bibliothek

Mengenabgabe vorbehalten. — An Wiederverkäufer wird nicht abgegeben.

Anzüge, Mäster und Paletots
im Abonnement getragene, gut erhaltene Kleidungsstücke
J. Büscher,
Eingang Kaiserstr. 23, Hof.

Frisch.Maitränk
Flasche 1 Mk., Glas 15 Pf.
Schiller, Bürgerhof, Neustadt

Zahnpraxis
Robert Voik, Halberstädter
Sprachstunden: 8-1 u. 1/2-7.
Gehr. Möbel, Betten, gg. Wirt-
schaften fa.
Neuer Weg Nr. 4, 3338

Herren-Anzüge
nur prima Stoffe, anerkannt
niedrige Preise. 3372
Erfol für Maßarbeit,
... .
M. Reuter, nur Bandstr. 1, 2. Et.

Waschen Sie schon mit
Kluges
Seifensulmiak?

Seifarben 4276 fertig Pfd. 1.40
Lackfarben fertig Pfd. 1.50
b. alte bekannte gute Friedensware
(kein Fein-Gr.) f. Fußböden, feine
Möbel, Türen, Fenster, Wand-
oder Eisen-Anstriche jeder Art.
Germ. Milch, Wilhelmstr. 11

Teppiche
von 11 Mk. an
in sämtlichen Farben, darunter
garngefärbte mit feinen Webe-
fehlern. Fast für die Hälfte.
Jakobstraße 17, 1. Etg.

Salamander



Stiefel werden stets bevorzugt,
da ihre Güte, Passform
und Preiswürdigkeit
unübertroffen sind.
SALAMANDER
Schuhges. m. b. H. - Berlin
Magdeburg, Breiteweg 48

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 127.

Magdeburg, Mittwoch den 31. Mai 1916.

27. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 30. Mai 1916.

Sparzwang der Jugendlichen.

Die Verordnung wird am 1. Juni nicht in Kraft treten. Das stellvertretende Generalkommando gibt bekannt:

Die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos vom 17. Mai 1916 betreffend den Sparzwang der Jugendlichen tritt nicht, wie im § 11 der Bekanntmachung bestimmt ist, am 1. Juni dieses Jahres, sondern erst mit den dazu noch ergehenden Ausführungsbestimmungen in Kraft.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg. Die zum Montagabend nach dem „Diamantbräu“ einberufene Generalversammlung, in der die Vorstandswahlen fortgesetzt und die übrigen in der letzten Generalversammlung nicht zur Erledigung gekommenen Angelegenheiten besprochen werden sollten, war wieder sehr stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Genosse Brandt mit, daß gegen den Sparzwang bereits Schritte unternommen sind. Weiter spricht die Erwartung aus, daß es möglich sein wird, den Erlaß wieder aus der Welt zu schaffen. Auf Antrag des Genossen Bernicke werden die weiteren Wahlen zum Vorstand durch Stimmentzettel vorgenommen. Gegen den Vorschlag, an Stelle der zurückgetretenen Genossin Hartmann die Genossin Wühring treten zu lassen, wird nichts eingewendet. Bei der Wahl zum zweiten Vorsitzenden erhielt Genosse Klühs 162, Genosse Vater 127 Stimmen. Als Vorsitzender des Ausschusses an Stelle des zum Militär eingezogenen Genossen Frenzel wurde Genosse Gorgas mit 158 Stimmen gewählt. Genosse Hanpt unterlag mit 138 Stimmen. An Stelle des zum Heeresdienst eingezogenen Genossen Lange wurde Genosse Seeger als Nebisitor gewählt. In einer persönlichen Angelegenheit hatte Genosse Klühs die Einsetzung einer Kommission beantragt. Der Antrag wurde jedoch nach längerer Diskussion abgelehnt. Da auch in dieser Versammlung die vorgesehene Tagesordnung nicht erledigt werden konnte, muß noch eine dritte Versammlung stattfinden.

Fleischmarken für den Monat Mai und Juni. Vom Magistrat wird folgendes angeordnet: Für die Woche vom 29. Mai bis zum 4. Juni 1916 darf auf die Marken 13 und 14 je 125 Gramm Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren abgegeben werden. Auf die Marke 13 darf nur Gefrierfleisch verabfolgt werden. Die Marken 15 und 16 werden für ungültig erklärt. Die Marke 7 der Kinderkarte berechtigt zum Bezug von 125 Gramm jeder Art Fleisch- und Wurstwaren, die Marke 6 wird für ungültig erklärt.

Brotverkauf. Wegen des Himmelfahrtstags wird vom Magistrat ausnahmsweise gestattet, auf die Juni-Brotmarken Brot bereits am 31. Mai abzugeben.

Erlaubniskarten zum Betreten der Straße für Jugendliche. In Leipzig ist es den Jugendlichen verboten, abends nach 9 Uhr die Straße zu betreten. Das Polizeiamt in Leipzig hat nun am 27. Mai eine neue Verordnung erlassen, die gewisse Ausnahmen von dieser Regel gestattet. Es wird darin bestimmt:

Den jugendlichen Mitgliedern solcher Vereine und Anstalten, deren Zweck in körperlicher und geistiger Förderung der Jugend besteht, kann von der Polizeibehörde auch abends nach 9 Uhr die ungeführte Zurücklegung des Weges unmittelbar zwischen Wohnung und Vereinsstelle genehmigt werden.

Gesuche sind von den Vorständen für die Gesamtheit der jugendlichen Mitglieder, deren Namensnennung nicht erforderlich ist, beim Polizeiamt einzureichen. Mit der Genehmigung erhalten die Vorstände die Befugnis, Ausnahmskarten auszustellen. Das Köthener Schöffengericht hat übrigens in einem Urteil die gesetzliche Grundlage der Verordnungen über die Beschränkung des Spazierengehens angezweifelt.

Schatten.

Kriminalroman von Sidore Kaufmann.

(4. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Zweites Kapitel.

Die Post brachte Hans einen Brief, dessen Handschrift ihm bekannt schien. Er riß den Umschlag auseinander und las:

In Verzweiflung wende ich mich an Sie, Herr von Mellin. Helfen Sie mir! Noch immer kann ich mein Elend nicht fassen. In mir ist alles verworren, zerrissen. Ich kann nicht denken — kaum weiß ich, was ich schreibe. Bitte, kommen Sie zu mir. Die Hoffnung auf Ihren Beistand ist das einzige, was mich aufrecht hält.

Frmgard Weber.

Tief aufatmend steckte er den Brief zu sich. Das Feuer einer starken Latzkrast durchglühte ihn. Hoffnung hob leise seinen gesunkenen Mut. Fmgard rief ihn um Hilfe. Welches Glück im Unglück! Welcher Lichtblick in diesem Dunkel!

In seiner Freude glaubte er an eine Wendung zum Guten in allen Nöten. Warum sollte auch das Schicksal sich nicht wiederfinden? — Gleich nach den Sprechstunden ging er zum Untersuchungsrichter, um sich einen Erlaubniskarte zu einem Besuch bei Fmgard Weber zu erwirken.

Zur festgesetzten Stunde führte ein Beamter ihn in das Sprechzimmer des Untersuchungsgefängnisses.

In diesem öden Gemach, das der Länge nach von zwei Schranken durchteilt war, wach seine trübselige Zuvorsicht einem aufquellenden Schmerz um die Geliebte. Ihm war, als müsse er die Eisenstäbe vor den Fenstern zerbrechen und die Scheidewände zerschlagen, die sie von der Freiheit absperrten. Mit brennenden Blicken starrte er nach der Tür; in das Glück, sie wiederzusehen, mischte sich die Furcht: wie würde er sie finden?

In Begleitung eines Wärters trat Fmgard ein. Langsam, mit wankenden Knien folgte sie dem Beamten, der sie hinter die äußerste Schranke wies. Er selbst begab sich in

Arbeiterjugend. Am Mittwoch fallen die Bezirkszusammenkünfte für Sudenburg und Neue Neustadt aus. Die Jugend soll sich in desto größerer Zahl an den Ausflügen am Donnerstag (Himmelfahrtstag) beteiligen. Die Bezirke Altstadt und Alte Neustadt unternehmen am Himmelfahrtstag eine Tageswanderung nach Gommern. Abmarsch pünktlich 6 Uhr vom Kriegerdenkmal. Für die anderen Bezirke erfolgt die Bekanntgabe in nächster Nummer.

Frauenverein Magdeburg. Am unsre Erste an Rhabarber und Obst trotz der Knappheit an Zucker auch für den Winter verwenden zu können, hat der Nationale Frauenverein Dr. Kochs von der Wärmerlehreanstalt in Dahlem zu einem Vortrag gewonnen. Dr. Kochs wird am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in der Luisenschule, Eingang Breiter Weg, sprechen über Einmachungen von Rhabarber und Obst ohne Zucker. Die Festsche können dann im Winter, wenn uns wieder genügend Zucker zur Verfügung steht, geküßt und zubereitet werden. Eintritt frei.

Spendet zur Reichsbuchwoche!

Kriegsreise im Barbierladen. Uns wird von einem Herrn von anwärts geschrieben: Am Morgen des 28. Mai, eines Sonntags, stand ich vor einem Barbiergeschäft in Magdeburg. Ich wollte hineingehen, um mich rasieren zu lassen, da verließ gerade ein Herr die Barbierstube. Und vorichtig fragte ich ihn: „Was macht man denn hier für Rasieren?“ Die Antwort lautete: „20 Pfennig.“ Ich betrat jetzt den Geschäftsraum und ließ mich mit den Worten: „Sie wollen mich wohl für 20 Pfennig rasieren?“ auf einen Stuhl nieder. Der Geschäftsinhaber musterte mich und ich glaube, daß die Einschätzung meiner Persönlichkeit nach Stiefeln und Leberrock zu meinen Gunsten sprach, das heißt in ihm die Ueberzeugung aufleuchten ließ, es sei da etwas ins Verdienste zu bringen. „Rasieren kostet Sonntags 50 Pf.“ bemerkte er. „Sie haben aber“, wandte ich ein, „den Herrn, der eben hinausging, für 20 Pf. rasieren.“ Der Barbier warf mir einen Blick voll Verachtung zu, dann erklärte er: „Sie haben also den Herrn gefragt, was er bezahlt hat?“ „Ja, wohl“, sagte ich schlicht. Ich erlebte dann, daß ich für 20 Pf. rasiert wurde, obwohl es Sonntags war. Bevor ich von ihm schied, sagte der Barbier noch im resignierten Tone des Geschäftsmannes, dem ein größeres Geschäft durch die Nase gegangen ist: „So, da habe ich es für 20 Pf. gemacht. Wenn das meine Kollegen hören, fallen sie mit der Peitsche über mich her.“ Armer Kerl!

Von der Elektrischen. Wie uns von der Verwaltung der Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft mitgeteilt wird, hat diese einen Teil des in ihren Bahnbetrieb eingebauten Kupfers herausnehmen und der Heeresverwaltung überreichen müssen. Aus diesem Anlaß können zu dem am nächsten Sonntag den 4. Juni er. stattfindenden Pferderennen nicht so viel Wagen gestellt werden wie sonst in Friedenszeiten. Inmehrin wird aber ein 2-Minuten-Betrieb ab Rathaus nach dem Herrenring und zurück stattfinden können.

Betrug. Ein angeblicher Dreher Otto Walter Adlung, der vom Militär beurlaubt sein wollte, um in einer hiesigen Maschinenfabrik zu arbeiten, hat am 27. d. M. in der Südstraße ein Logis bezogen und daselbst am 29. ohne Kostgeld zu bezahlen und, nachdem er sich von der Berlin 7 Markt geliehen hatte, um angeblich seine Sachen von der Bahn zu holen, verlassen. Seine Angaben haben sich als unwahr herausgestellt. Der Betrüger ist etwa 33 Jahre alt, 1,65 Meter groß, schlant, hat schwarzes Haar, schwarzen Schnurrbart, schmales Gesicht und blaue Gesichtsfarbe. Er spricht thüringische Mundart.

In Haft genommen wurde ein Kutscher von hier, der dringend verdächtig ist, am 2. März d. J. einem Kutscher derselben Herrschaft eine Brieftasche mit etwa 300 Mark gestohlen zu haben. Der Bestohlene hatte angenommen, die Tasche mit Inhalt verloren zu haben.

die mittlere Abteilung und stand zwischen der Gefangenen und Mellin, den zwei Scheidewände von ihr trennten.

Durch seinen Beruf kannte er die Härten der Haft — dennoch loderten Wut und Empörung in ihm auf, daß Fmgard sich dem grausamen Zwange unterwerfen mußte.

Mit den Fingern umklammerte sie das Gitter der Schranke, um sich einen Halt zu geben, denn sie fürchtete, anzufinken, als sie ihn wahrte — durch diese Scheidewände von ihm getrennt wie eine Verfemte.

Mit heißen Augen, die in fieberhaftem Glanz aus dem von Jammer entstellten Gesicht glühten, suchte sie seinen Blick; sie öffnete die Lippen, um zu sprechen, doch sie konnte nur einen schluchzenden Laut hervorbringen.

„Mut, Fräulein Fmgard“, sagte er erschüttert. Bei dem Klange seiner Stimme brach ihre Fassung; aufweinend verbergte sie das Gesicht in den Händen.

Der Wärter lehnte mit verchränkten Armen an der Wand und stierte schlaftrig ins Leere.

„Was ist aus mir geworden, seit wir uns nicht gesehen haben, Herr von Mellin!“ rief sie verzweifelt. „Was habe ich getan, um mit einem Schläge vernichtet zu werden? Nicht wahr, Sie — Sie — nein, ich mag es nicht ausdenken, daß auch Sie mich für schuldig halten könnten an diesem Schrecklichen, sonst ständen Sie nicht hier. . .“

„Mein, ich habe keinen Augenblick an Ihnen gezweifelt, Fräulein Fmgard. Ich werde alles ausbieten, um Ihre Unschuld an den Tag zu bringen. Wie war es möglich, daß man Sie . . .“

„Ja, wie war es möglich“, unterbrach sie ihn leidenschaftlich, „daß man mich dieses Verbrechens verdächtigte?! Ich habe den alten Herrn wie einen Vater geliebt. Bei ihm hatte ich ein Heim gefunden, wo ich mich glücklich fühlte. Täglich habe ich um sein Leben gebangt, in der Furcht, ihn zu verlieren; denn sein Herzleiden hatte sich in der letzten Zeit verschlimmert.“

Beschwichtigend sprach Mellin auf sie ein; er erfannt alles, was sie ermutigen, beruhigen konnte.

„Vertrauen Sie mir“, schloß er, „wie war es möglich, daß man diesen Irrtum an Ihnen beging? Versuchen Sie, ruhig zu reden; es hängt alles davon ab, daß ich klar sehe;

Massenleistungen in Berlin. Das System der Massenleistung soll in Berlin jetzt auf breiterer Grundlage durchgeführt werden. Ein Ausschuss, dem sowohl Vertreter der Massenleistungspraxis wie der sozialen Betätigung angehören, hat sich zu einem dauernden Wirtschaftsausschuss für Volksspeisung konstituiert. In allernächster Zeit soll die Berliner Bevölkerung unter genauer Mitteilung der in Betracht kommenden Bedingungen zu einer Anmeldung aufgefordert werden, in welchem Umfang sie schon im Laufe des Sommers von der neuen Einrichtung Gebrauch zu machen gedenkt. Nach Maßgabe dieser Anmeldung werden dann unter Vorbehalt unangesehener weiterer Ausdehnung die verschiedenen Stadtteile in Angriff genommen werden. Die Stadt soll in 25 bis 30 große Bezirke geteilt werden, welche unter Aufsicht von 5 bis 6 Ausschüssen stehen, die ihrerseits wiederum von dem Magistrat und dem Wirtschaftsausschuss geleitet werden.

Die Massenleistung soll in Zukunft auch vom Reich gefördert werden. In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses führte der Präsident des neuen Reichsernährungsamts v. Batocki aus, daß er schon in den nächsten Tagen Geldmittel vom Reichstag anfordern werden müsse, damit die Gemeinden in der Massenleistung unterstützt werden könnten.

Landung einer Kindesleiche. Am 29. d. M. mittags ist im rechten Flußbett der Alten Elbe in der Höhe der Pumpstation die noch frische Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gelandet worden. Die Leiche war unbekleidet und mit etwa 6 Pfund schweren Mauersteinen beschwert. Sie war in ein weißes rot gestreiftes Handtuch eingewickelt, lag in einem 30×15×10 Zentimeter großen Pappkarton, der in einem weißen Vogen Papier, der die Firmenbezeichnung „Hugo Hehnd, Magdeburg“ trug und mit Bindfaden umschirmt war. Die auf dem Papier mit Tinte geschriebene Adresse war durch Abdringung unleserlich gemacht. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei.

Gestohlen wurden am 28. Mai abends in der Schönebader Straße von der einer Schankwirtschaft stehenden Tischchen zwei rotbunte Tischdecken; in der Nacht zum 29. aus einem verschlossenen Laden in der Kaiserstraße 16 Markt und für etwa 20 Mark Zigaretten; aus einer verschlossenen Schankwirtschaft in der Himmelfahrtstraße zwei Geldtaschen mit etwa 17 Mark, aus einem Zigarettenautomaten etwa 40 Mark Zigaretten, ferner 12 Mark Wechselgeld eine Broche in Größe eines Dremarkstücks mit Silbertranz und Lebensmittel; am 29. morgens aus einem unverschlossenen Laden in der Lübecke Straße etwa 25 Pfund Rindfleisch; nachmittags aus einem unverschlossenen Fahrradstuppen einer Fabrik in Budau ein Fahrrad Eggstor-D-30g.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Wilhelm-Theater. „Der Kaiser“, „Walzertraum“ wurde am Montag als Benefiz-Vorstellung für Herbert Rommel gegeben. Der Benefiziant trat in der Rolle des Leutnant Niki auf, und zwar mit wachsendem Erfolg, so daß der große Moment der Blumen und des Beifalls sich auf der realen Grundlage einer anerkannter Leistung ereignen konnte. Allgemein darf von dem jungen Künstler, ausgesprochen werden, daß er sich in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit in seine großen Rollen hineingefunden hat. Wenn seine stimmliche Begabung mit der darstellerischen gleichen Schritt hält, so wird er als Operntenor schon seinen Weg finden. Als Niki hatte er die als langjährig sehr achtbare Helene Wajl als Partnerin; als Franz gastierte Ellen Grotke, die im Duopiel ihm auch als willkommenes Gegenüber gelten konnte. Dirigent war Hermann Hofer, der einen musikalisch sehr achtbaren Rahmen für die Aufführung erreichte. G.

Mitteilungen der Direktionen.

Zentraltheater. Die Operette „Die Werte der Frauen“ gelangt allabendlich mit größtem Erfolg zur Darstellung.

Nationaler Frauenverein. Ueber Einmachungen von Rhabarber und Obst ohne Zucker spricht Dr. Kochs von der Wärmerlehreanstalt in Dahlem Sonnabend den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der Luisenschule, Eing. Br. Weg. Eintritt frei.

nicht wahr, Sie werden sich bemühen, alle Einzelheiten zu erzählen, auf die Sie sich besinnen können?“

Sie warf einen furchtsamen Blick zu dem Beamten hinüber; dann sagte sie leise: „Ja — soweit ich dazu imstande bin.“

„Bitte, berichten Sie mir zuerst, wie der Tag verlief, an dem das Unglück geschah.“

Mit gewaltigem Bemühen, sich zu sammeln, stand sie eine Weile still an die Schranke gelehnt. „Bis gegen Abend“, begann sie dann, „verging der Tag wie gewöhnlich. Sie kannten unser Leben, Herr von Mellin, und wissen, wie einführig es war infolge von Herrn Rehse Krankheit. Die schweren Anfälle von Beängstigung wiederholten sich häufiger als früher; fast nie ließ ich ihn deshalb tagsüber allein. Nur gegen Abend pflegte ich seinem Drängen nachzugeben und ein Stündchen an die Luft zu gehen. Gewöhnlich benutzte ich den Gang zu meinen Beforgungen. Dieser schreckliche Tag war trübe und stürmisch.“

„Es war der erste November, nicht wahr?“

„Ja; am letzten Freitag. Ich hatte Herrn Rehse bis halb sechs Uhr vorgelesen. Danach ging ich fort.“

„Sie lasen Herrn Rehse Lieder?“

„Sehr viel.“

„Was lasen Sie? Es interessiert mich, da ich schon einmal gefannt habe, und der Geschmack hinsichtlich der Bücher wird vielfach ein Licht auf den Charakter.“

„Er liebte zum Beispiel „Kaschnikow“ von Dostojewski; auch amerikanische und englische Kriminalromane; aber nur die besten. Es interessierte ihn lebhaft, zu erfahren, aus welchen Motiven ein Mensch zum Verbrechen getrieben wurde. Für sich allein las er Kant; über den Kampf des bösen Prinzips mit dem guten; auch über die Nächstenliebe.“

„Ich würde gern Näheres aus seinem Leben erfahren.“

„Darüber sprach er fast nie; mir schien, als vermeide er absichtlich, seine Vergangenheit zu berühren. Es gab Tage, an denen es mir vorkam; daß Erinnerungen ihn quälten. An solchen Tagen mußte ich ihm fast ununterbrochen vorlesen, um, wie er sagte, seine Gedanken von trüben Dingen abzulenkten.“

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 30. Mai. (Eine Generalversammlung) des Konsumvereins nahm am Montag im Gewerkschaftshaus den Geschäftsbericht für das 1. Vierteljahr 1918 entgegen.

(Die Kriegsküche.) Am Montag nahm die von der Stadt errichtete Kriegsküche an sechs dazu eingerichteten Stellen ihre Tätigkeit auf.

(Die Auszahlung der Kriegsunterstützung) erfolgt am Mittwoch und Freitag nachmittags von 3 bis 6 Uhr, und zwar für die Buchstaben U, C, E, Z am Mittwoch, G, J, X am Freitag im „Kaiserhof“, Domplatz.

(Von dem Sparzwang-Erlaß) des Kommandierenden Generals wird am Orte außer den Jugendlichen in den verschiedenen Betrieben vor allen Dingen der größere Teil der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, die bei der Wurstfabrikation beschäftigt werden.

Wahlkreis Wanzleben.

Seehausen, 30. Mai. (Ein widerpenziger Landwirt.) Der Müller Heinrich Schönfeldt in Druzberge verwalte das Gut seines Sohnes, der im Felde steht, befolgt aber niemals die Bundesratsverordnungen.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Althaldensleben, 30. Mai. (Schwerer Diebstahl und Hehlerei.) Der Arbeiter Otto Schunze und der Arbeitsburche B. von hier haben gemeinschaftlich in Halldorf von einer Leine eine Anzahl Wägenstücke und aus einem Stalle fünf Hühner.

Armenleben, 30. Mai. (Diebstahl.) Die jugendliche Arbeiterin A. B. von hier hat aus einer Wohnung 40 bis 50 Mark, die in einem verschlossenen Kleiderschrank verwahrt wurden, ferner vier Wäpste.

Wahlkreis Halbe-Oschersleben.

Oschersleben, 30. Mai. (Bezahlung der Steuern.) Die vierteljährlichen Steuern sowie die Grundsteuer sind vom 30. Mai bis zum 7. Juni an die Steuerkasse abzuführen.

(Erkrankte.) Der 23jährige Sohn des Gärtners S. ist im Garten in einen Wasserbehälter gefallen und erlitten.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 30. Mai. (Die Fleischkarte.) Der Wähler ist auch hier zur Einführung der Fleischkarte gelehrt. Paragrafen Fleisch und Fleischwaren im Kleinhandel nur gegen Vorlegung einer Fleischkarte und nur in der Höchstmenge die sich aus dem Abdruck ergibt oder öffentlich von dem Magistrat bekanntgegeben wird, gefahren werden.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königlich Preussische) Klassenlotterie

6. Klasse 20.ziehungstag 29. Mai 1918 Vormittag

Table with lottery numbers for the 7th Prussian-South German (233rd Royal Prussian) Class Lottery, 6th Class, 20th Drawing Day, May 29, 1918, Morning.

(Der Butter- und Margarineverkauf) darf

vom 1. Juni ab nur an 3 Tagen der Woche stattfinden. Am Dienstag können die Nummern von 1 bis 1800, Donnerstag 1801 bis 3600 und am Samstag 3601 bis zum Schluß in Frage.

Stafffurt, 30. Mai. (Die Kriegsunterstützung)

wird ausgezahlt für die Familien mit den Anfangsbuchstaben A und B am 31. Mai von 8 bis 10 1/2 Uhr, C-F von 10 1/2 bis 12 Uhr, G und H von 12 bis 2 Uhr, I-K von 2 bis 4 Uhr, L und M von 4 bis 6 Uhr, N-R von 6 bis 8 Uhr, S und T am 3. Juni von 8 bis 12 Uhr, U-V von 12 bis 2 Uhr.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 30. Mai. (Die Fleischkarte.) Der Wähler ist auch hier zur Einführung der Fleischkarte gelehrt. Paragrafen Fleisch und Fleischwaren im Kleinhandel nur gegen Vorlegung einer Fleischkarte und nur in der Höchstmenge die sich aus dem Abdruck ergibt oder öffentlich von dem Magistrat bekanntgegeben wird, gefahren werden.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königlich Preussische) Klassenlotterie

6. Klasse 20.ziehungstag 29. Mai 1918 Nachmittag

Table with lottery numbers for the 7th Prussian-South German (233rd Royal Prussian) Class Lottery, 6th Class, 20th Drawing Day, May 29, 1918, Afternoon.



Billige Pfingst-

Angebote!

4301

Feinfarb. u. weiße Kinder-Leder-Erstlings-Schnürstiefel 1.35
 Kinder-Segeltuch-Sandalen
 31-35 1.95 27-30 1.75 1.45
 25-26 1.60 22-24 1.45
 Kinder-Leder-Sandalen, braun und schwarz 31-35 2.95
 27-30 2.45 25-26 2.25 1.95
 22-24 1.95
 Kinder-Schnürstiefel, schwarz u. braun, teilw. Gabelst. mit u. ohne Fleck 2.95 2.45 und 1.85
 Kinder-Lackleder-Schnürstiefel breite Form, solide Ausfüh. 28-26 5.90 4.90 3.90
 Kinder-Schnürstiefel, braun, auch Derby, Gabelst. 31-35 9.35
 27-30 8.35 25-26 6.75
 22-24 5.90 und 4.90
 Kinder-Wichsler-Schnürstiefel genagelt, kräftige Ausfüh. 5.90 4.90 3.90
 Weiße Leinen-Kinder-Schnürstiefel sehr preiswert!

Restposten Damen-Lederhalbschuhe, schwarz, weiß, Lacktuch, Lack 4.90 3.90 2.90 1.90

Damen-Lederhausschuhe, schw. und braun von 3.65 an
 Damen-Tennisschuhe Chromsohle 4.35

Damen-Leinwand-Halbschuhe weiß und schwarz, Knopfschnür, Spangeln 7.90 6.90 5.90 4.90

Elegante mod. Damen-Schnürstiefel und -Halbschuhe, auch Lacktapp, Derby 12.90 10.90 9.80 8.90

Damen-Lackspang-Halbschuhe auch mit Lederbesatz 12.50 11.50 10.50 8.90

10 billige Schuh-Tage!

Warten Sie nicht bis zum letzten Tage! Sie sparen Geld

Moderne Damen-Chevreau-Halbschuhe 1., 2. und Kreuz- Spannen, grau, beige, braun u. schwarz 12.50 11.50 10.50 9.80 8.90

Braune Damen-Boxcalf-Schnür-Halbschuhe Chevreauschnür-Halbschuhe 13.85 12.85 11.85

Moderne braune Damen-Stiefel elegante Formen 15.85 13.85 9.85

Damen-Lackhalbschuhe Schnür, auch Nieten,

Damen-Lackschnürstiefel mit modernen Einfähen sehr preiswert!

Restposten Herren- u. Damen-Schnürstiefel Dorscalf u. Chevreau u. Lackleder, elegante moderne Ausfüh. Einzel- paare 13.85 11.35 10.85 9.35

Herren-Halbschuhe braun, Boxcalf, braun Chevreau u. Lackleder, elegante moderne Ausfüh. Einzel- 13.85 13.45 12.85 10.85

Restposten braune Herren-Chevreau-Schnürstiefel prima Ausfüh. 16.95 14.35 11.85

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel sehr preiswert!

Beschränkung in Abgabe vorbehalten.

Hauptgeschäft: Kein Laden! 1 Treppe hoch!

PETZON

An Wiederverkäufer wird nichts verabsolgt.

Filiale Sudenburg: Ecke Westendstraße

17 Alter Markt 17 dicht neben Schwenckert

Halberstädter Str. 121c Haus Café Westend.

Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend

Am Himmelfahrtstag 1. Juni, sind unsere Magdeburger Lager zur Abgabe von Brot von morgens 7 bis 8 Uhr geöffnet.

Es muß doch endlich jedem einleuchten, daß man bei diesen teuren Zeiten gar nicht mehr Geld sparen kann, wenn man sich von ersten Schneidern angefertigte reinwollene Maß-Garderoben anschafft.

Starke Herren finden stets eine Riesenauswahl in getragenen Maß-Garderoben.

Abt. II: Neue Garderobe für Herren und Jünglinge in Riesenauswahl.

Friedrich Paul größtes Spezial-Etagengeschäft für Herren-Kleidung

nur Breiteweg 56

1. Treppe! Kein Laden! Schrägüber von Barasch!



Original-Express-Fahrräder mit der gegen Fahrrad-Diebstahl gesicherten Patent-Benztange.

Richard Kruse Magdeburg-Neustadt

Sorgers Gelegenheitskäufe.

Empfehle einen größeren Partie-Kosten Waschanzüge leichte Joppen Lüster-Jackets gestreifte Hosen Herren-, Burschen- und Jünglings-Anzüge.

Richard Kruse Magdeburg-Neustadt

Staufe gebrauchte Fahrräder Zahl hohe Preise. Max Götstein Königshofstraße 5.

Möbeltransporte mittels gepolsterter Verschluß-Möbelwagen aller Größen übernimmt billigst 4348

Ernst Funke, M.-Buckau, Freie Straße 2/5. Tel. 4400.

Mandolinen Gitarren Zithorn, Violinen, Mund-u. Handharmonikas verkauft billig

Ernst Funke, M.-Buckau, Freie Straße 2/5. Tel. 4400.

Mogauer Str. 36 Wohnungen 400 u. 500 Mk., elektr. Licht, Gas u. Bad, z. vermieten.

Danksagung. Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, danken wir hiermit allen für die bewiesene Teilnahme an unserm so schweren Verlust.

Verband der Fabrikarbeiter - Zahlstelle Schönebeck -

1 guter Zigarrenarbeiter findet dauernde Beschäftigung

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

Wetterfeste Feld- und Arbeitsstiefel

In der Zigarren-Zentrale

Nr. 3 Alte Ulrichstraße Nr. 3

kaufen Sie enorm billig!

Günstigste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer.

1-Pf.-Zigaretten 100 Stück v. 85 Pf. an 4-5-Pf.-Zigaretten 100 St. v. 195 Pf. an

2-Pf.-Zigaretten 100 Stück v. 95 Pf. an 6-8-Pf.-Zigaretten 100 St. v. 450 Pf. an

3-Pf.-Zigaretten 100 Stück v. 135 Pf. an 10-Pf.-Zigaretten 100 St. v. 500 Pf. an

Zigarren 100 Stück von 5.00 Mk. an

Särge in allen Holzarten und Preislagen, sofort lieferbar

Schmidt, Lübke & Co., Magdeburg-N., Morgenstraße 14. - Fernruf 7258.

Nachruf. Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am Sonntag

Albin Böhm im blühenden Mannesalter.

Die Arbeiterschaft der Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik.

Am 26. Mai d. J. ist mein lieber Mann, unser guter Sohn und Bruder, der Tischler

Paul Rohrbeck Landsturmmann der 9. Komp. Res.-Inf.-Rgts. 263

seiner im Feindesland erlittenen schweren Verwundung erlegen.

Die trauernden Hinterbliebenen Karoline Rohrbeck, Magdeburg.

Familie Rohrbeck, Berlin-Reinickendorf.